

Gundelfingen, 11. Juli 2023



Stellungnahme der Vertretungsberechtigten
des Bürgerbegehrens gemäß § 21 (3) GemO
zur Weiterführung der Straßenbahnlinie 4
bis Gundelfingen, Untere Waldstraße
zur Aufnahme in die öffentliche GR-Vorlage
zur GR-Sitzung am 20.07.2023

1 Ausgangslage

Das Leitbild der Gemeinde Gundelfingen „Eine lebenswerte Gemeinde gemeinsam gestalten“ aus dem Jahr 2013 sagt zum Thema Verkehr unter anderem folgendes:

- *Die sichere, schnelle, attraktive und ressourcenschonende Erreichbarkeit des jeweiligen Zieles für alle VerkehrsteilnehmerInnen soll Ziel der Gundelfinger Verkehrsplanung sein.*
- *Die Verkehrssicherheit muss sich an den Bedürfnissen des jeweils schwächeren Verkehrsteilnehmers ausrichten.*
- *Die Umsetzung der Stadtbahnverlängerung (in Gänze bzw. Abschnitten) muss nach dem Vorliegen aktueller Verkehrsgutachten und unter Bürgerbeteiligung entschieden werden.*

Das Leitbild wurde in einem Konsensverfahren der Bürgerschaft erarbeitet und dieser Prozess wurde von manchen Externen als vorbildlich bezeichnet. Die Bewertung der Umsetzung der Inhalte in der vergangenen Dekade fällt in der Gesamtbetrachtung dagegen relativ ernüchternd aus. Gemeinderat und Gemeindeverwaltung haben diese Aufgabenfelder, wenn überhaupt, offensichtlich nachrangig behandelt:

- Weder wurde *“die sichere, schnelle, attraktive und ressourcenschonende Erreichbarkeit des jeweiligen Zieles für alle VerkehrsteilnehmerInnen”* zum Ziel der Gundelfinger Verkehrsplanung, noch (bis auf vereinzelte Maßnahmen, wie den Fußgängerüberweg am Seniorenheim) *die Verkehrssicherheit an den Bedürfnissen des jeweils schwächeren Verkehrsteilnehmers* ausgerichtet.
- Die fehlende Entscheidung zur Stadtbahnverlängerung führt uns heute hier zusammen.

Anfang 2020 hat sich der Arbeitskreis Mobilität (AK M) unter dem Dach des Bürgertreff Gundelfingen e.V. gegründet. Der AK M setzt sich aus ca. 15 Mitgliedern unterschiedlicher beruflicher Herkunft und Erfahrung zusammen; er folgt keiner parteipolitischen Ausrichtung oder Vorgabe und arbeitet basisdemokratisch. Der AK M tagt öffentlich und steht im Kontakt mit dem Bürgermeister, dem Gemeinderat, der Klimaschutzmanagerin der Gemeinde, dem lokalen Stromversorger, der Öffentlichkeit, Externen, Medien etc.

1.1 Inhaltliche Ziele des AK M

- nachhaltige Mobilitätsangebote
 - entwickeln und möglichst umfassend verbessern;
- Einsatz fossiler Energien und CO₂-Ausstoß
 - lokal deutlich senken, möglichst auf null reduzieren;
- Lebensqualität
 - für möglichst viele Bürgerinnen und Bürger im Ort steigern;
- soziale Gerechtigkeit
 - schaffen – mit verbesserten Mobilitätsangeboten zu günstigen Preisen.

1.2 Was macht der AK M konkret?

Der AK M versteht sich als Förderer und Unterstützer zukunftssträchtiger Mobilität, nicht als deren Verhinderer. Er trifft sich regelmäßig und hat bereits einige konkrete Projekte realisieren können:

- Stärkere Sensibilisierung der Gemeindevertretung und -verwaltung für die Thematik: Ein ursprünglich geplantes Verkehrskonzept wurde zu einem Mobilitätskonzept aufgewertet.
- Beeinflussung der Planungen des Neubaugebietes Nägelesee Nord: Über die Senkung der Stellplatzquote wird jetzt zumindest diskutiert; dies würde die Baupreise deutlich verringern.
- Werbung für nachhaltige Mobilitätskonzepte und für einen holistischen Ansatz: Alle Bürgerinnen und Bürger würden davon profitieren, vor allem die Schwächeren wie Kinder, Senioren und Mobilitätseingeschränkte
- Anschaffung eines E-Lastenrades zur öffentlichen Ausleihe:
 - Finanziert durch ein Budget von rund 7.500 € aus Eigenmitteln und eingeworbener Sponsoren-Gelder.
 - Die Bereitstellung in der Leihflotte des LastenVelo Freiburg e.V. wird seit 2022 erfolgreich durch den AK M betrieben – die Gemeindeverwaltung hat beim Stellplatz wertvoll unterstützt.
 - Das Angebot bietet eine niedrigschwellige, kostenfreie Ausleihe für die Bürgerschaft.
 - Die bisherige Auslastung und die hohe Nachfrage sowie entsprechendes Feedback der Nutzerinnen und Nutzer indizieren einen Bedarf für mindestens vier weitere öffentlich nutzbare E-Lastenräder.
- Veröffentlichung eines Konzept-Papiers zur E-Mobilität im Jahr 2021.
- Veröffentlichung eines Impulspapiers zur Mobilität im Mai 2022: Beide Veröffentlichungen haben eine hohe Wertschätzung durch externe Experten und Berater der Gemeinde erfahren.
- Veröffentlichung von Ideen und Maßnahmen des AK M durch aktive Pressearbeit.

Der AK M setzt sich dafür ein, dass in Gundelfingen und den benachbarten Gemeinden ein gesamtgesellschaftliches Denken von Mobilitätsangeboten stärker in den öffentlichen Fokus rückt. Unser aller

Mobilitätsverhalten hat einen entscheidenden Einfluss darauf, wie viel CO₂-Emissionen wir erzeugen. Um nachhaltig mobil sein zu können, bedarf es einer möglichst breiten Auswahl nachhaltiger, sozialverträglicher und sich ergänzender Mobilitätsangebote.

Die Zukunft zu prognostizieren ist schwer – und immer ungewiss. Unsere Aufgabe ist es nicht, die Zukunft vorherzusehen, sondern sie zu bestmöglich zu planen. Unsere Zukunft ist vor allem die unserer Kinder und Kindeskinde; es gilt, sie nachhaltig zu gestalten. Dass dabei von allen Kompromisse mitgetragen werden müssen, ist zentraler Bestandteil unserer Demokratie. Es ist auch unvermeidbar, sich mit dem Wandel zu beschäftigen. Politikerinnen und Politiker wie Bürgerinnen und Bürger neigen oft dazu, kurzfristig zu denken und zu entscheiden. Dieses Verhalten ist menschlich nachvollziehbar, bei sich langsam vollziehendem Wandel wie dem Klimawandel aber katastrophal: Bleibt der berühmte Frosch zu lange im sich erwärmenden Wasserbad sitzen, verbrüht er letztendlich.

„Es gibt nichts Gutes. Außer man tut es.“
Erich Kästner

2 Rechtliche Grundlagen

Das Pariser Klimaabkommen aus dem Jahr 2015 – die Erderwärmung auf maximal zwei Grad, möglichst auf 1,5 Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen – ist ein völkerrechtlich bindender Vertrag, keine Absichtserklärung! Der Deutsche Bundestag hat diesen Vertrag 2016 einstimmig (!) angenommen. 2019 hat die Bundesregierung ein konkretes Maßnahmenpaket beschlossen, um diese Ziele bis 2030 zu erreichen. 2021 hat die neue Bundesregierung ergänzend beschlossen, spätestens bis 2045 klimaneutral zu werden. Diese zwingenden gesetzlichen Vorgaben können nur durch gemeinsame Anstrengung auf allen Ebenen erreicht werden.

Think global, act local wurde mit der Klimakonferenz von Rio de Janeiro im Jahr 1992 zur weltweiten Devise für diesen Ansatz. Und dazu gehören natürlich auch angemessene Anstrengungen zur Verbesserung der Klimabilanz des Gundelfinger Verkehrs.

Der Klimawandel ist nach Einschätzung aller Fachleute das zentrale Zukunfts-Problem der Menschheit. Er beschreibt die langfristigen, global wirkenden Veränderungen von Faktoren wie Temperatur, Niederschläge, Meeresströmungen etc. In den letzten Jahrzehnten wurden weltweit teilweise dramatische Veränderungen durch zahlreiche wissenschaftliche Studien und Beobachtungen nachgewiesen. Während sich Flora und Fauna der Erde während ihrer mehr als vier Milliarden wählenden Geschichte nur langsam entwickelt haben, stellen Forscher seit knapp 200 Jahren eine dramatische Veränderung der Umweltfaktoren fest. Seitdem wächst der Einfluss der Menschen auf die Erde exponentiell und hinterlässt langlebige Spuren. Ursachen hierfür sind u.a.:

- starke Beschleunigung wirtschaftlicher Aktivität und des allgemeinen Ressourcenverbrauchs;
- starkes Bevölkerungswachstum;
- gigantischer Einsatz fossiler Rohstoffe wie Kohle, Erdöl und Erdgas;
- exponentielle Entwicklung der Erosionsraten und des Kunstdüngereinsatzes in der Landwirtschaft;
- Ablagerungen von Flugasche, Aluminium-, Beton- und Plastikpartikeln in den Sedimenten;
- oberirdische Atombombentests sowie globaler Transport von Tier- und Pflanzenarten in bis dato nicht gekanntem Umfang.

Insbesondere die massive Zunahme des Verkehrs spielt beim Ausstoß von Treibhausgasen eine gravierende Rolle. Alleine in der EU wurden im Jahr 2020 rund 682 Millionen Tonnen Kohlendioxid durch die Verbrennung von Kraftstoffen im Straßenverkehr ausgestoßen. Der Individualverkehr (Pkw und Motorräder) verursachte mit 61 % den größten Teil der Emissionen; auf Lkw und Busse entfielen davon 28 %, weitere 11 % auf leichte Nutzfahrzeuge. Insgesamt war der Straßenverkehr für 29 % aller CO₂-Emissionen der EU im Jahr 2020 verantwortlich, 1990 lag dieser Anteil noch bei 17 %. Während der CO₂-Gesamtausstoß seit 1990 um 35 % sank, erhöhten sich die CO₂-Emissionen im Straßenverkehr im gleichen Zeitraum um 12 %. Zwar tragen bessere Motoren und Abgastechnik sowie die Verwendung neuer Kraftstoffe zur Verringerung des Schadstoffausstoßes bei. Diese Maßnahmen werden jedoch durch das steigende Verkehrsaufkommen sowie die zunehmende Zahl hochmotorisierter und schwerer Fahrzeuge mit vergleichsweise hohem Kraftstoffverbrauch (u.a. SUVs) mehr als aufgewogen.

Die EU-Kommission will daher die CO₂-Emissionen im Straßenverkehr bis zum Jahr 2030 deutlich senken. Dieses Ziel kann nur durch koordinierte Maßnahmen auf allen Ebenen erreicht werden. Es liegt auf der Hand, dass wir lokal die CO₂-Belastungen am stärksten senken können, indem wir moderne, nachhaltige und zukunftsorientierte Mobilitätskonzepte entwickeln, die insbesondere

durch einen klugen Ausbau des ÖPNV geprägt sind. *Think global, act local* gilt auch für den Breisgau.

Bereits seit den 80er Jahren plante daher der Zweckverband Regio-Nahverkehr Freiburg (ZRF), im Rahmen der regionalen Verkehrsplanung die bestehende Infrastruktur der Stadtbahn in Freiburg auch auf Umlandgemeinden auszuweiten. Die Verlängerung der Stadtbahnlinie 4 bis nach Gundelfingen in die Untere Waldstraße war von Beginn an geplant, um sie dort mit der Regional- bzw. der S-Bahn zu verbinden. Der Gemeinderat Gundelfingen hat dazu bereits zwei Beschlüsse¹ gefasst, auf deren Grundlage anschließend Grundstückserwerb in der Ortslage durchgeführt oder Grundstücke partiell freigehalten wurden:

- 12.09.1986 [Freihaltung der geplanten Trasse für die Straßenbahn], sowie
- 26.09.1991 [Verlängerung der Straßenbahn durch Gundelfingen]

Nachdem die ersten Abschnitte bis zur Haltestelle Gundelfinger Straße realisiert worden sind, steht nunmehr die Planung für die Fortführung durch Gundelfingen an. Diese Planung übernimmt federführend der ZRF. Innerhalb Gundelfingens werden dadurch die Erneuerungen und Modernisierung bestehender Infrastruktur (Wasser-, Abwasser-, Strom- und Daten-Leitungen etc.) berührt, die ohnehin zu gegebener Zeit anstehen. Ebenso wird dadurch die verkehrstechnische Anbindung des geplanten Neubaugebiets Nägelesee Nord an den ÖPNV ermöglicht. Dies wird es den Bauherren erlauben, auf die Anschaffung eigener Pkw zu verzichten und damit erhebliche Kosten einzusparen.

Zudem besteht Handlungsbedarf für die Gemeinde. Um sich zukunftsorientiert aufzustellen und um die Zuweisung von Finanzmitteln angemessen kalkulieren zu können, braucht die Gemeinde möglichst umgehend Planungssicherheit.

¹ Anmerkung: Protokolle sind beigelegt; Beschlusstexte siehe Ziffer 6.

3 Vorteile einer Straßenbahnverlängerung

Die Straßenbahnverlängerung durch die Ortsmitte von Gundelfingen ...

- bauen wir für alle Bürgerinnen und Bürger, vor allem aber für die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder – sie werden es uns danken;
- hat Vorrang im Straßenverkehr und ist damit privilegierter Pulkführer im Verkehr – alle Nutzenden kommen schneller voran;
- ermöglicht durch die enge Taktung ein „Fahren ohne Fahrplan“ und ergänzt die S-Bahn – auch für Gundelfinger Nutzer;
- verfügt auch in Stoßzeiten über ausreichende Kapazitäten für den Weg zur Schule und zur Arbeit – alle Nutzenden sparen wertvolle Zeit;
- ist eine echte Alternative zum Auto und reduziert Verkehr, Verkehrslärm, Abgas- und Feinstaubbelastung im gesamten Ort – alle Anlieger werden davon profitieren;
- steht für mehr Lebensqualität und geringere Unfallgefahren für schwächere Verkehrsteilnehmer wie Kinder, Senioren, bewegungseingeschränkte Personen – sie werden sich wohlfühlen, neue Freiräume genießen können und es uns danken;
- erhöht durch die Reduzierung des Individualverkehrs die Lebensqualität in der Ortsmitte und erschließt zudem das Neubaugebiet Nägelesee Nord geradezu idealtypisch – dies wird zu Kostensenkungen für die Bauherren führen;
- hilft den in jüngsten Verkehrszählungen festgestellten hohen Anteil an Quell-Ziel-Verkehr² in der Ortsmitte zu reduzieren – dies wird zu einer deutlichen Verkehrsberuhigung innerorts führen;
- bietet mehrere Haltestellen in der Ortslage an, die von mehr als der Hälfte der Bürgerinnen und Bürger Gundelfingens in maximal fünf Minuten zu Fuß zu erreichen sind – sehr viele werden dieses Privileg genießen und nutzen;
- fügt sich mit einer zeitgemäßen Planung angemessen ins Ortsbild ein – ein plastisches Beispiel dafür bietet nicht nur die Gemeinde Linkenheim-Hochstetten in Nord-Baden, die mit ca. 12.000 Einwohnern Gundelfingen durchaus vergleichbar ist;
- schafft einen wichtigen Zubringer für unser Ortszentrum zum Einkaufen, zu den Praxen, zu Dienstleistern, zur Gastronomie und zu den kulturellen Veranstaltungen – gute Angebote der Gundelfinger Gewerbetreibenden werden auch Kundschaft von außerhalb anziehen, bspw. aus Zähringen oder Herdern;
- erlaubt die angemessene Reduzierung von Park- und Stellplätzen für Pkw in der Ortsmitte – dies schafft weitere Freiräume zur Erholung in der Ortsmitte;
- wird aufgrund der regionalen Bedeutsamkeit im Wesentlichen vom Zweckverband Region Nahverkehr Freiburg (ZRF) geplant, gebaut und im Betrieb finanziert – die Kostenbeteiligung für Gundelfingen wird sich trotz gegenteiliger, im Kern aber unzutreffender Behauptungen der Straßenbahn-Gegner im überschaubaren Rahmen halten.

² 80-90 % des Verkehrs wird derzeit durch Pkw verursacht, die in die Ortsmitte hinein oder aus dieser hinausfahren.

4 Zielsetzungen der geplanten Straßenbahnverlängerung

Gemeinsam mit allen Bürgerinnen und Bürgern wollen wir die Mobilität der Zukunft gestalten. Damit möglichst im Jahr 2035 die erste Straßenbahn durch Gundelfingen fahren kann, müssen die Planungen jetzt wieder aufgenommen werden. Die Straßenbahnanbindung Gundelfingens wurde bereits bis an die Gemeindegrenze fertiggestellt; das letzte Teilstück, durch Gundelfingen bis zur Unteren Waldstraße, fehlt noch und ist schnellstmöglich zu realisieren. Ein Stopp dieser Planungen käme einem modernen Schildbürgerstreich gleich. Gundelfingen wäre die einzige Gemeinde Deutschlands, die die Straßenbahn vor der Haustüre hat, sie aber nicht in den Ort hinein verlängern will, obwohl dies zu günstigen Kosten möglich ist – wer will sich schon diesem Lachen aussetzen?

Damit Deutschland bis zum Jahr 2045 klimaneutral wird, müssen die CO₂-Belastungen auf allen Ebenen gesenkt werden – Straßenbahnen zählen dabei laut Studien des Umweltbundesamts zu den effizientesten Verkehrsmitteln^{3,4}. Auch Gundelfingen wird sich dieser Verpflichtung stellen und wird nicht rückwärtsgerichtet veralteten Verkehrsträgern verhaftet bleiben.

Allen Bürgerinnen und Bürgern soll der Weg zur Arbeit, zur Schule, zur Universität, zum Einkaufen, zum Arzt, zum Kino oder Theater usw. einfach und zu einem günstigen Preis ermöglicht werden, auch innerorts. Nur eine Straßenbahn bietet dies umweltfreundlich und zudem barriere- und umsteigefrei an. Man fährt, ohne sich auf den Verkehr konzentrieren oder sich um Parkmöglichkeiten sorgen zu müssen – weder im Ort noch außerorts.

Vorausschauend hat die Gemeinde Gundelfingen bereits seit den 80er Jahren Grundstücke im Planungsbereich der Straßenbahn erworben oder für die Trassenplanung freigehalten – diese kluge Vorausschau früherer Gemeinderäte soll ihre Früchte tragen.

Gut mit den Planungen zur Verlängerung der Straßenbahn verzahnt, kann das entstehende Neubau-Quartier Nägelesee Nord optimal an den öffentlichen Personennahverkehr angebunden werden; ebenso kann die anstehende Sanierung oder Modernisierung der Wasser- und Abwasserinfrastruktur sowie sonstiger Versorgungsleitungen kosteneffizient berücksichtigt werden.

Die Verlängerung der Straßenbahn bis zur Unteren Waldstraße in Gundelfingen wird die Mobilität und Lebensqualität aller Bürgerinnen und Bürger zu sozialen Preisen verbessern und die Umweltbelastungen durch Verkehrslärm, Luftverschmutzung und Feinstaubbelastung in der gesamten Ortslage deutlich verringern. Dies wird auch der Gesundheit der Bevölkerung dienen.

Im April 2023 wurde das Bürgerbegehren angestoßen, das wir heute als Vertretungsberechtigte repräsentieren. Mit dem Quorum haben die Bürgerinnen und Bürgern dafür gestimmt, dass jetzt, 10 Jahre nach dem Auftrag der Bürgerschaft aus dem Leitbildprozess 2013, die Entscheidung, wie es mit der Straßenbahn weitergehen soll, nicht mehr durch den Gemeinderat, sondern in einem Bürgerentscheid mit dem Wortlaut fällt:

Sind Sie dafür, dass die Gemeinde Gundelfingen gegenüber dem Zweckverband Regio-Nahverkehr Freiburg unverzüglich die Initiative ergreift, damit die Verlängerung der Straßenbahnlinie 4 bis nach Gundelfingen, Untere Waldstraße, wieder in die Planungen aufgenommen wird?

³ <https://www.umweltbundesamt.de/themen/verkehr/wie-umweltfreundlich-sind-auto-zug-schiff-co-im>

⁴ <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/oekologische-bewertung-von-verkehrsarten>

5 Alternativen zum Bürgerentscheid

Hinfällig wird der Bürgerentscheid nur dann, wenn der Gemeinderat die im Bürgerbegehren o.a. Maßnahme, „*dass die Gemeinde Gundelfingen gegenüber dem Zweckverband Regio-Nahverkehr Freiburg unverzüglich die Initiative ergreift, damit die Verlängerung der Straßenbahnlinie 4 bis nach Gundelfingen, Untere Waldstraße, wieder in die Planungen aufgenommen wird*“, übernimmt.

6 Wortlaut früherer Gemeinderatsbeschlüsse

6.1 GR-Beschluss vom 12.09.1986

- 1. Die Gemeinde Gundelfingen fordert eine Verlängerung der Straßenbahn von Zähringen bis zu Hans-Bunte-Straße mit Park- und Umsteigeplatz.*
- 2. Die Straßenbahn durch Gundelfingen setzt unabdingbar voraus, dass die Regionalbusse, die an die Straßenbahn angebunden werden sollen, nicht durch Gundelfingen hindurch fahren.*
- 3. Die Gemeinde Gundelfingen beschließt, dass die Straßentrasse durch Gundelfingen bei der künftigen Planung und Bebauung freizuhalten ist, nämlich zweispurig bis zum Ochsen (Auf der Höhe) und eingleisig weiterführend. Damit ist gegenwärtig noch keine endgültige Entscheidung über den Straßenbahnbau durch Gundelfingen ab Hans-Bunte-Straße verbunden.*

Anmerkung: Dieser Beschluss wurde einstimmig gefasst.

6.2 GR-Beschluss vom 26.09.1991

Der Gemeinderat will den möglichst raschen Bau der Straßenbahn durch Gundelfingen hindurch. Die Gemeindeverwaltung wird beauftragt, die Straßenbahnverlängerung für die Aufnahme in das Gemeindeverkehrsfinanzierungsprogramm anzumelden. Der Beschluss wird bei 20 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen gefasst. Die erforderlichen Planungsmittel werden überplanmäßig genehmigt.

Die Vertretungsberechtigten für das Bürgerbegehren

Jörg Richert, Heuweilerweg 31, Gundelfingen

Max-Peter Ratzel, Talstraße 72, Gundelfingen

Dr.-Ing. Daniel Mader, Alte Bundesstraße 35, Gundelfingen